Bürgerverein Heuchelhof 16.9.2013

Bürgerstimme Nr. 11 zum A3-Würzburg-Tunnel

(Un)heimliche Aktivität im Stadtrat

Mitte Juli 2013 begannen die Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel und ihre Unterstützer, Stimmen zu sammeln für ein Bürgerbegehren, das an die Stadt Würzburg gerichtet ist. Das Problem der Bürger ist, dass der Bund die A3 ausbaut, und ein Bürgerbegehren an den Bund nicht möglich ist. Allerdings benötigt der Bund eine Mitwirkung der Stadt Würzburg bei den Baumaßnahmen, und dazu können sich die Wähler im Rahmen eines Bürgerbegehrens äußern.

Auf den Listen zur Unterschriftensammlung ist der Text des Bürgerbegehrens abgedruckt. Dort heißt es:

Sind Sie dafür, dass die Stadt Würzburg
a)sämtliche politischen und rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreift, um die Errichtung des Würzburg-Tunnels zu verwirklichen,
b) keine weiteren Schritte mehr unternimmt, um die "A 3-Amtstrasse" zu verwirklichen, keine Straßen, Wege und Grundstücke zur Verfügung stellt .... usw?

Ein Stadtrat ist zwar nicht gezwungen, den im Bürgerbegehren zum Ausdruck kommenden Willen seiner Bürger zu vollziehen, aber er wird sich sicher gut überlegen, ob es überzeugende Gründe gibt, bevor er sich gegen den durch Abstimmung dokumentierten Willen der Bürger entscheiden würde. Denn überlegen Sie, würden wir einen Stadtratskandidaten wählen, der sich ohne stichhaltige Begründung über das Ergebnis eines Bürgerentscheids hinwegsetzt?

Deshalb fürchten die Autobahnbauer einen Bürgerentscheid und drängen. Sie haben ein klares Ziel. Sie bahnen Autos den Weg. Sie glauben, die Luftverschmutzung kommt woanders her. Und - sich mit dem Bund und dem Freistaat Bayern anzulegen, ist eine undankbare Aufgabe für die Stadtverwaltung. Was kann sie tun in so einer unbequemen Situation?

Auf den 14. August 2013 war eine Ferienausschusssitzung des Würzburger Stadtrats angesetzt. Der Ferienausschuss hat 14 Mitglieder und tagte unter Vorsitz von Frau Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake. Der Ferienausschuss entscheidet über dringliche Angelegenheiten, die nicht bis zum nächsten Plenum nach der Sommerpause warten können.

Im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung sollte abgestimmt werden über eine Beschlussvorlage zum A3-Ausbau. Es handelte sich um zwei Beschlüsse, und zwar erstens um den Verkauf von ca. 40 000 m² Grundstücken, die für den A3-Ausbau benötigt werden, an die Bundesrepublik Deutschland, und zweitens um eine Bauerlaubnis für den A3-Ausbau im Stadtgebiet. Der Beschlussvorlage hatte die Stadtverwaltung den Text aus der Unterschriftenliste für das angestrebte Bürgerbegehren beigefügt.

Der Bürgerverein wollte tags darauf wissen, warum unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und beschlossen wurde und erhielt die Antwort: Es waren Grundstücke dabei, die an Privatleute verpachtet sind, und über Grundstücksangelegenheiten mit Privaten wird nicht öffentlich verhandelt. Bezüglich der Bauerlaubnis gab es überhaupt keine Erklärung.

Das reichlich undemokratische Manöver wurde zunächst einmal gestoppt: Frau Miethaner-Vent stellte den Antrag, die Angelegenheit zu vertagen, und die Mehrheit des Ferienausschusses folgte diesem Antrag.

Doch der Oberbürgermeister reagierte eilfertig und entschied vorweg allein unter großzügigster Auslegung seiner Kompetenzen, die Nutzung der städtischen Grundstücke durch die Autobahnbauer zu erlauben und dies dem Hauptausschuss am 16.9.2013 nur noch bekannt zu geben.

Die Versendung des Textes vom angestrebten Bürgerbegehrens zusammen mit der Tagesordnung für den ersten Ferienausschuss verrät, worum es dem Oberbürgermeister ging. – Der Bürgerverein ist entsetzt, dass in Würzburg zwar gerne von Bürgerbeteiligung geredet, aber genau das Gegenteil praktiziert wird.

Christiane Kerner und Hermann Wördehoff